



Niederschrift zur 6. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Dienstag, den 26.10.2021
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:20 Uhr
Ort, Raum: **Kulturforum, Zum Königsgraben 10, 15806 Zossen, GT
Dabendorf**

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Thomas Czesky
Herr Peter Hummer
Frau Janine Küchenmeister
Herr Edgar Leisten
Herr Olaf Manthey
Herr Carsten Preuß
Herr Sven Reimer

Amtsleiter Rechts- und Personalamt

Herr Raimund Kramer

Protokollant

Herr Robert Gottlick

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 15.06.2021
5. Bericht aus der Verwaltung
6. Einwohnerfragestunde
7. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
8. Vorstellung INSEK-Team und Ablaufplan sowie Beteiligungsformate
9. Beratung von Anträgen
- 9.1. Antrag der Fraktion Plan B-offene Liste übergeben an den Vorsitzenden der SVV am 30.08.2021:
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen
Vorlage: 115/21
- 9.2. Antrag der Fraktion Plan B vom 16.09.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 16.09.2021
Vorlage: 116/21
- 9.3. Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 21.09.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 24.09.2021:
Antrag auf Planung und Errichtung eines Schulgarten auf dem Grundstück der Gesamtschule Dabendorf
Vorlage: 124/21

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Hummer, eröffnet um 19:01 Uhr die Ausschusssitzung und begrüßte die Anwesenden.

Zu diesem Ausschuss wurden alle Stadtverordneten eingeladen, lediglich Herr Käthe hat sich für heute entschuldigt.

zu 2 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den acht stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind 5 anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

zu 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Es lagen keine Änderungsanträge zur gegenständlichen Tagesordnung vor. Diese wurde unverändert beschlossen.

zu 4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 15.06.2021**

Es lagen keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der oben genannten Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

zu 5 **Bericht aus der Verwaltung**

Es wird kein Bericht aus der Verwaltung vorgestellt.

zu 6 **Einwohnerfragestunde**

Bürger 1:

1.) Können Sie bitte als Vorsitzender ansagen, wie viele Ausschussmitglieder anwesend sind?

2.) Warum ist die Hauptverwaltungsbeamtin nicht anwesend?

3.) Frage an Herrn Kramer: Im Nachtragshaushalt sind 13 neue Stellen in der Kernverwaltung. Im Finanzausschuss wurde bereits gefragt, welche das sind. Die HVB antwortete, dass es sich dabei um Erzieher (S-Stellen) handelt.

Herr Hummer: Es sind 8 Mitglieder anwesend. Herr Just als Vertretung für Herrn Preuß und Herr Kramer für Frau Şahin-Schwarzweiler.

Bürger 1: Herr Kramer ist nicht stimmberechtigt.

Herr Hummer: Damit 7 von 8 Ausschussmitgliedern anwesend . Frau Şahin-Schwarzweiler kann aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen.

Herr Kramer: Es sind 13 Stellen sind im Nachtrag für 2021 und im Haushalt 2022. Es handelt sich dabei um befristete Stellen, die entfristet wurden.

Bürger 1: Die SVV ist nicht über die Stellen informiert worden. Welche Stellen sind das?

Herr Kramer: Das kann gerne bis zur nächsten SVV zugearbeitet werden.

Bürger 1: Geht davon aus, dass die Darstellung zur SVV am 10.11.2021 übergeben wird.

zu 7 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Frau Küchenmeister: Die Debatte um die Stellen gab es bereits im Finanzausschuss. Wir hätten gerne gewusst, warum so viele neue Stellen in der Haushaltssicherung geschaffen wurden? Warum wurde das Gebäude Kirchplatz 1 - 2 leergeräumt, für wen?

Herr Hummer: Die Satzung zum Mehrzweckgebäude muss überarbeitet werden. Eventuell liegt diese zur nächsten SVV vor.

zu 8 **Vorstellung INSEK-Team und Ablaufplan sowie Beteiligungsformate**

Das Team von Urban Catalyst, Frau Bernegg und Herr Schläger, stellen sich, sowie den Ablaufplan und die Beteiligungsformen an Hand einer Power-Point Präsentation vor. Es folgt eine Beratung mit den Stadtverordneten.

Herr Hummer: Wie lange wird der Prozess dauern?

Frau Bernegg: Zirka ein Jahr.

Herr Hummer: Wir ersticken an dem Verkehr auf der B96. Wie ist die Nordumfahrung berücksichtigt? Wird die Goethestraße als Hauptverkehrsstraße beibehalten?

Frau Bernegg: Wir brauchen die Zuarbeit aus der Verwaltung. Wo wollen wir die Straßen hin entwickeln? Wo kommt der Verkehr her?, Die Nordumfahrung wird entsprechend berücksichtigt.

Herr Gurczik: Wie ist die Resonanz, wenn sie an die Öffentlichkeit gehen? Es sind nicht mal die Hälfte der Stadtverordneten hier heute anwesend. Ist die Resonanz so hoch, dass man damit arbeiten kann?

Frau Bernegg: Aus es geht nicht, wird oft ein es geht doch. Auch wenn man im Vorfeld die Einstellung hat, bei uns ist das anders. Wir haben sehr gute Referenzen und arbeiten mit den Verwaltungen eng zusammen.

Herr Preuß: Wir als SVV wollen wissen, wo wir hin wollen. Der Beschluss kam aus der Mitte der SVV.

- 1.) Wie ist der Steuerungskreis zusammengesetzt?
- 2.) Wie sieht die Zeitschiene aus?

Frau Bernegg: Der Steuerungs- Rathauskreis liegt in Händen der Verwaltung. Es wurde ein Team zusammen gestellt. Wir brauchen möglichst viele Köpfe. Die Erstellung dauert ein Jahr, die Umsetzung braucht viele Jahre. Wir hatten anfängliche Anlaufschwierigkeiten. Die Online-Umfrage wird binnen 3 Monaten anlaufen. Parallel beginnt die Konzepterstellung.

Herr Czesky: Begleiten Sie uns auch nach der Erstellung bei der Umsetzung des Konzeptes?

Frau Bernegg: Wir übergeben alles dem Steuerungs- Rathauskreis, dieser sollte sich alle drei Monate zusammensetzen um nachwirkend einzugreifen. Von uns wird angeboten, im ersten Jahr auch zu moderieren sowie vor- und nachzubereiten. Die Verwaltungen empfinden unsere Hilfestellung meist als ausreichend für die Konzeptumsetzung.

Herr Just möchte den Ist-Stand anhand der drei folgenden Punkte ermitteln:

- 1.) Der Online-Fragebogen ist super. In der Stadt wurden viele Planungen angeschoben, die allerdings noch nicht sichtbar sind. Diese sollten berücksichtigt werden. Das geht nur in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung.
- 2.) Das hiesige Projekt "Zukunft Zossen" sollte kein Parallel-Konzept zum INSEK sein. Im besten Falle sollte es ins INSEK integriert werden. Bitte hier den Kontakt aufnehmen.
- 3.) Es dauert ein Jahr bis das Konzept steht. Wie verhält man sich in der Zeit mit eigenen Planungen? Es könnten aktuell Dinge beschlossen werden, die dem INSEK am Jahresende entgegenstehen. Haben Sie dazu Erfahrungen in anderen Kommunen oder ist dies nach Ihrer Erfahrung nach nicht relevant?

Frau Bernegg: Da gibt es immer einen idealen und einen realen Weg. Am Beispiel von Ingolstadt hat sich gezeigt, dass die Schaffung neuer Siedlungsflächen noch während der Konzepterarbeitung sehr problematisch ist. Das INSEK sollte auch aktuelle politische Entscheidungen aufgreifen, daran anknüpfen und auch berücksichtigen.

Herr Schläger: Das Projekt "Zukunft Zossen" ist bekannt und wird auch berücksichtigt. Wir werden sehen, welche Personen beim INSEK hilfreich sein können und wie diese in den Prozess integriert werden können.

Herr Wollgramm: Hinsichtlich der Online-Befragung ist unklar, welchen Inhalt diese Befragung haben soll und wie diese Umfrage aussehen soll.

Frau Bernegg: Wir werden die Fragen entsprechend gemäß unseren Erfahrungen und in Absprache vorbereiten. Fragen über die Nutzung von Bahn, Auto oder Fahrrad werden ebenso gestellt, wie die klassische Frage nach schönen oder problematischen Orten und welche Entwicklungspotenziale gesehen werden. Bei Online-Veranstaltungen nehmen regelmäßig mehr Personen teil als bei einer Präsenzveranstaltung.

Herr Schläger: Die Online-Umfragen laufen in der Regel drei bis vier Wochen lang und werden im Vorfeld angekündigt. Die Umfrage-Software ermöglicht sowohl die Informationen zum INSEK als auch Abfragen zu unterschiedlichen Aspekten, wie räumlichen Informationen als auch grobe Datenabfragen (Alter, Ortsteil des Teilnehmers).

Frau Küchenmeister: Wir brauchen das INSEK für die Beantragung von Fördermitteln. Wo soll es mit der Stadt hingehen? Viele Siedlungsgebiete entstehen, wohin sollen wir wachsen? Wie soll unsere Infrastruktur aussehen? "Wie ist die Mitentwicklung von den Stadtverordneten?"

Frau Bernegg: Die SVV wird genauso beteiligt werden, wie die Bürger. In regelmäßigen Abständen wird eine Präsentation zum derzeitigen Stand in den öffentlichen Gremien vorgestellt. Die 1. große Zukunftswerkstatt wird vorgestellt.

Zwei wichtige Sachen sind:

- 1.) Windkraft: Hinweis auf die Regionalplanung, schwer im INSEK zu handhaben. Sollte auf regionaler Ebene bleiben.
- 2.) Maßstabebene INSEK ist quasi eine Betrachtung als Luftbild unter Berücksichtigung einer langfristigen Entwicklung, diese erlaubt i. d. R. keine Betrachtung von Einzelproblemen.

Herr Hummer: Muss sich die Landesregierung daran halten, oder „Wünsch dir Was“?

Frau Bernegg: Jeder bringt Maßnahmen in den Katalog mit ein. Jede Maßnahme bekommt eine Priorität.

Herr Manthey: Der Prozessplan sollte als Anlage zu Protokoll gegeben werden. Herr Just hat offensichtlich ein komplettes Exemplar.

Herr Just: Das wurde letztes Mal auf der SVV verteilt.

Herr Schläger: Das Exemplar wurde verteilt, muss jetzt noch einmal angepasst werden.

Herr von Lützow: Die geplanten Interview-Touren finden von klein nach groß statt? Wie sieht Ihre Terminvorstellung aus?

Frau Bernegg: Wir haben noch keine Terminvorstellungen. Vielleicht von Nord nach Süd und die größeren Ortsteile separat.

Herr Gurczik: Gibt es bereits ein Vorschlag zur Umgestaltung durch das INSEK?

Frau Bernegg: Der Kern der Arbeit, also der Umsetzung des INSEK, liegt bei Ihnen.

Herr Reimer: Die Karte zeichnet die Hauptentwicklung entlang der B 96 und B 246. Die Erwartung ans INSEK ist ein belastbares Konzept in Sachen Radwegkonzept, Ladestationenkonzept, Tourismuskonzept. Kultur findet gar keine Berücksichtigung.

Frau Bernegg: Die Erwartungsansprüche müssen relativiert werden. Ein Einzelhandelskonzept wäre separat zu entwickeln. Das wird gegebenenfalls nicht nötig

sein. Wenn Sie Defizite sehen, können Sie hierzu gerne Änderungsvorschläge einbringen. Das INSEK beinhaltet kein Nahverkehrskonzept, kein Radwegkonzept, aber Vorschläge dazu können im Anschluss entwickelt werden.

Herr Kramer: Aus Sicht der Verwaltung sind einige Fragen an die Stadtverordneten zu richten: Wird die Schrittfolge der öffentlichen Beteiligung von allen mitgetragen? Wird der hier vorgestellte Vorschlag mitgetragen? Wie wird die Rolle der Verwaltung durch die Stadtverordneten gesehen? An Urban Catalyst: Es sollten nicht zu viele Details in die Konzeptionierung einfließen.

Frau Bernegg: Die Verwaltung ist der zentrale Ansprechpartner. Nicht Frau Şahin-Schwarzweiler alleine, sondern die Experten im Steuerungskreis. Das INSEK ist eine Aufgabe, die über das tägliche Verwaltungsgeschäft hinausgeht.

Herr Czesky: Die digitalen Planungsunterlagen wird es noch in diesem Jahr geben? Wie weit werden die neuen Planungen der B96 und der B246 berücksichtigt? Ist das Radwegkonzept bekannt?

Frau Bernegg: Wir haben von der Verwaltung jede Menge Daten und Ausarbeitungen bekommen.

Herr Czesky: Bis wann kann die Planung fertig sein?

Frau Bernegg: Einen Termin möchte sie nicht benennen.

Herr Schulz: Heute brauchen wir keine einzelnen Wunschlisten oder Problemfelder. Es müssen möglichst viele Bürger erreicht werden. Es macht keinen Sinn konkrete Maßnahmen zu diskutieren.

Herr Gurczik an Herrn Kramer: Die Bevölkerung muss einbezogen werden. Bitte Frau Şahin-Schwarzweiler berichten.

Herr Preuß:

- 1.) Wie sieht die Planungsschärfe aus: Am Ende werden Maßnahmen vorgeschlagen, wie grob bleiben diese?
- 2.) Nur die Verwaltung in der Steuerungsgruppe zu haben ist nicht so ideal. Dort herrschen noch alte Denkstrukturen und Vorstellungen, das macht es schwer, das Konzept umzusetzen. Wir brauchen Leute, die drängen, dass es vorwärts geht.

Frau Bernegg: Üblicherweise werden folgende Themen mit berücksichtigt.

- räumliche Maßnahmen (Sondierung großer Areale, Radwege),
- strukturelle Maßnahmen (Strukturen aufbauen z. B. Steuerungskreis, Arbeitsbeschaffungsprogramme, Wohnumfeld- oder Quartiersverbesserungen, Sanierungsgebiete)

Oft wird nach 15 Jahren eine Fortschreibung des Konzeptes notwendig, um Ziele anzupassen oder Maßnahmen neu zu definieren.

Frau Küchenmeister: Gibt die Empfehlung auf "Zukunft Zossen" zurückzugreifen? Es sollte nach Möglichkeiten und nicht nach Problemen gesucht werden.

Frau Bernegg: Findet das Projekt gut. Im INSEK wird eine Zusammenfassung der benannten Themen erfolgen.

Herr Manthey: Wurden beim INSEK in Angermünde die Problematik der KiTa-Plätze berücksichtigt? Es gibt hier das Problem, dass B-Pläne abgelehnt werden, weil keine KiTa-Plätze vorhanden sind.

Frau Bernegg: Es gibt unterschiedliche Aspekte bei der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung auf Landes- und kommunaler Ebene. In Angermünde gab es Bedarf an Kita- und Schulplätzen. Dies kann im INSEK berücksichtigt oder prognostiziert werden. Hierfür bedarf es dann der Zuarbeit z. B. des Amtes für Soziales und Bildung.

Herr Gurczik: Es gibt keine Plätze, wo sich die Leute zum Austausch treffen können. Es sollten Zentren geschaffen werden.

Herr Hummer schließt um 21:00 Uhr die Diskussion zum Tagesordnungspunkt und bedankt sich für die rege Beteiligung.

zu 9
zu 9.1

Beratung von Anträgen

**Antrag der Fraktion Plan B-offene Liste übergeben an den Vorsitzenden der SVV am 30.08.2021: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen
Vorlage: 115/21**

Herr Manthey: Wesentliche Änderung im Punkt 5: "Die Verwaltung wird beauftragt".

Herr Czesky: Den Punkten 1 und 2 könnte zugestimmt werden, dem Rest nicht.

Herr Reimer: Er hat geschrieben, dass er als Fraktion nicht beteiligt war. Der Antrag unterstellt, dass das Wohl der Vereine nicht im Vordergrund steht. Der Anhang ist inhaltlich so schlecht, dass dem nicht zugestimmt werden kann.

Herr Preuß: Wir entscheiden, was wir verkaufen. Je nach Beschluss. Jeder Verkauf muss bestätigt werden.

Herr Hummer: Wie wurde abgestimmt?

Herr Kramer: Im RSO am 05.10.2021 1 / 3 / 2.

Herr Leisten: Ist Plan B bereit auf die Punkte 4 und 5 zu verzichten und nur die Punkte 1 bis 3 abzustimmen?

Herr Manthey: Der Antrag kam von Plan B - offene Liste in der Hoffnung, dass sich Fraktionen anschließen. Der Passus "gemeinsamer Antrag" ist zu streichen. Die Verwaltung hat das nicht gemacht. Plan B besteht auf den Antrag in geänderter Form.

Herr Hummer. Gab es Gespräche mit den Vereinen?

Herr Kramer: Er ist nicht bei den Gesprächen dabei gewesen.

Herr Czesky: Er hat Gespräche angeboten. Er wolle die Vereine natürlich unterstützen.

Herr Reimer: Es ist eine Unterstellung, dass Vereine ohne dieses Antrag nicht unterstützt würden, ist ein persönlicher Angriff.

Abstimmung: 1 / 3 / 3

zu 9.2

**Antrag der Fraktion Plan B vom 16.09.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 16.09.2021
Vorlage: 116/21**

Herr Manthey: Die Bürgermeisterin hatte im KTUE zugesagt, den Antrag rechtlich prüfen zu lassen. Der Antrag soll heute abgestimmt werden.

Herr Kramer: Die Stellungnahme ist als Anlage vorbereitet. Die Stellungnahme ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt. Im nächsten RSO folgt eine Stellungnahme zur Änderung der Brandenburgischen Kommunalverfassung.

Herr Hummer: Der Ausschussvorsitzende kann die Online-Teilnahme ablehnen.

Herr Kramer: Hier handelt es sich um einen Grundsatzbeschluss. Für die Online-Teilnahme muss ein Grund vorliegen.

Frau Küchenmeister: Es sind genug Möglichkeiten vorhanden, wir müssen keine Hybridsitzungen zulassen. Die Kosten für die digitalen Geräte sind zu überlegen. Die Bequemlichkeit kostet Geld. Andere Kommunen sparen sich dieses Geld und stecken das in Investitionen, beispielsweise in Kitas. Wir haben eine Verpflichtung gegenüber unseren Wählern.

Herr Gurczik: Wir sollten jetzt eine Entscheidung treffen, nicht jeder hat die Technik. Die gesparten Gelder sollten in einen Jugendclub oder einen Verein gesteckt werden.

Herr Wollgramm zitiert den § 34 BbgKVerf: Es ist eine Muss-Vorschrift. Er ist der Meinung, dass wir um diesen Punkt nicht herumkommen.

Herr Reimer: Mehrere nicht-beschlussfähige Sitzungen kosten uns ebenfalls Geld. Seit wir die Möglichkeit der Online-Sitzungen haben, hatten wir keine nicht-beschlussfähigen Sitzungen. Er möchte, dass die Sitzungen übertragen werden für mehr Öffentlichkeitsbeteiligung.

Herr Hummer: Er musste beruflich viel Online-Zeug mitmachen. Als Stadtverordneter hat man eine Verpflichtung zu erscheinen.

Frau Küchenmeister: Ist der Auffassung, dass es der Stadt aktuell technisch nicht möglich ist. Die Technik muss gekauft oder gemietet werden. Sie sieht die Notwendigkeit zum Teil für Ausschusssitzungen. Herr Reimer ist der Einzige der das in Anspruch nimmt. Das sind dieselben Kosten wie für zehn Teilnehmer.

Herr Reimer: Er möchte eine Kostenaufstellung. Was kostet die einzelne Teilnahme? Er hatte mal den Veranstalter angeschrieben, 100 € waren dort benannt.

Herr Leisten: Frau Şahin-Schwarzweiler hat beanstandet, dass die eingesparten 1000 € nicht einem anderen Verwendungszweck zugeführt werden können. Können wir uns rein rechtlich auf Präsenz-Sitzungen einigen? In anderen Ausschüssen wurde eine rechtliche Prüfung gefordert, diese haben wir bis heute nicht bekommen.

Herr Kramer: Hybrid-Sitzungen sind technisch möglich, die Kosten sind keine rechtlichen Argumentationsgrundlage.

Herr Hummer: Wenn ich zu Hause sitze, muss ich auch davor sitzen, dann kann ich auch herkommen.

Herr Gurczik: Die Technik muss man sich leisten können. Herr Reimer ist selbst schuld.

Frau Küchenmeister: Hybridsitzungen können durchgeführt werden, sie können aber auch ausgeschlossen werden.

Herr Kramer: Sie entscheiden das frei, sie müssen sich heute nicht binden.

Herr Czesky: 1000 € kostet die Durchführung mit Sicherheit nicht, eher 100 €. Er ist für eine weitere Beibehaltung der Hybrid-Sitzungen.

Abstimmung: 4 / 3 / 1

zu 9.3

**Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 21.09.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 24.09.2021: Antrag auf Planung und Errichtung eines Schulgarten auf dem Grundstück der Gesamtschule Dabendorf
Vorlage: 124/21**

Frau Küchenmeister stellt die Beschlussvorlage vor. Herr Wollgramm hatte bereits Ergänzungen vorgeschlagen. Folgende Änderung sind im SJBS empfohlen worden: "Die SVV beschließt die Verwaltung zu beauftragen, die Finanzierung eines Schulgarten an der neuen Gesamtschule in Dabendorf sicherzustellen".

Herr Hummer: Der Antrag liegt vor. Er wäre noch dazu gekommen.

Herr Preuß: Der Antrag von Frau Küchenmeister deckt sich mit dem von Herrn Wollgramm. Der Schulleiter sollte im SJBS sagen, dass die Sache mitgetragen wird.

Herr Hummer: Er war bei dem Gespräch dabei, der Schulleiter ist "Feuer und Flamme".

Herr Wollgramm: Die Umsetzung durch Schüler wäre erwünscht. Es soll nichts durch die Verwaltung vorgegeben werden, dadurch wird die Kreativität kaputt gemacht.

Herr Manthey: Der Antrag sollte erst im HA am 30.11.2021 abgestimmt werden. Bitte beide Beschlussvorlagen gleichzeitig behandeln.

Frau Küchenmeister: Das ist in der Verwaltung wohl etwas schief gelaufen bei der Beratungsfolge. Die Schule soll das umsetzen, nicht die Verwaltung.

Leisten: Er hat 30 Jahre Erfahrungen mit Schulgärten. Der erste Schulgarten war eine Initiative einer Lehrerin. Er findet die Idee für Grundschulen gut, bei weiterführenden Schulen besteht die Frage "Wie ist das Interesse?". Das Engagement hätte von der Schule kommen müssen.

Herr Hummer: Bei der Eröffnung wurde mit Herrn Zobywalski gesprochen. Es ist ein Stück Land übrig, es gibt also Platz für einen Schulgarten. Der Vorschlag kam von Frau Küchenmeister.

Herr Gurczik: Die Schulleitung muss mitmachen. Da ist auch etwas Verantwortung zu tragen.

Herr Kramer: Er kommt sich als Spielverderber vor. Er hat Informationen, dass der Schulleiter nicht ganz konstruktiv mitwirken wird. Bis zum 30.11.2021 kann das geklärt werden.

Herr Reimer: Hat sich einige Schulgärten angeschaut, es wird Wasser gebraucht. Es ist alles vertrocknet. Die Schule hatte einen Schulgarten im Stadtpark, dort ist alles vertrocknet. Die Schule kann einen Antrag stellen, das wird auch gefördert.

Herr Manthey stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte, Vertagung und Ende der Sitzung.

Abstimmung: 5 / 1 / 1

Herr Hummer schließt die Sitzung um 22:20 Uhr. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden nicht mehr behandelt.

Peter Hummer
Ausschussvorsitzender

Robert Gottlick
Protokollant